

Ohne Kohle geht vielerorts nichts

90 %

der Staatseinnahmen Saudi-Arabiens stammen aus dem Verkauf von Erdöl

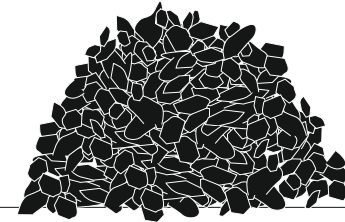


40 %

der globalen Ölreserven müssten für den Klimaschutz unangetastet bleiben

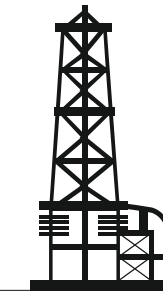
30 %

des südafrikanischen Haushalts werden von der staatlichen Kohleindustrie finanziert



80 %

der globalen Kohlevorräte müssten im Boden bleiben, um das 2-Grad-Ziel zu schaffen



40 %

der Erdgasvorkommen dürfen nicht genutzt werden, wenn man die Erwärmung begrenzen will

»Wir armen Länder ...«

Eigentlich wollen viele Regierungen fossile Brennstoffe abschaffen. Allerdings liefern die immer noch so praktische Einnahmen **VON BERNHARD PÖTTER**

Der 18. November 2013 ist ein kalter, grauer Tag in Warschau. Im Hof des polnischen Wirtschaftsministeriums sitzen Greenpeace-Aktivistinnen, die Hände haben sie sich mit Kabelbindern auf dem Rücken gefesselt. Ohne sie eines Blickes zu würdigen, hasten Besucher vorbei. Ihr Ziel: die Tagung des Weltkohleverbands über »Technologien für saubere Kohle«.

Der Kongress im Wirtschaftsministerium ist eine Provokation. Zwei Kilometer weiter östlich eröffnet Umweltminister Marcin Korolec die zweite Woche der UN-Klimakonferenz. Diese wird von Autobauern, Kohle- und Stahlkonzernen so penetrant zur Eigenwerbung genutzt, dass 70 Umweltverbände die Tagung unter Protest verlassen, weil »die fossile Industrie diesen Gipfel okkupiert hat«, wie sie klagen. Und auf dem Dach des Wirtschaftsministeriums spannen Aktivisten ein Transparent auf: »Wer regiert Polen? Die Kohleindustrie oder das Volk?«

Die ökonomischen Interessen vieler Staaten sind so eng mit Gas, Öl und Kohle verbunden, dass die Abkehr von ihnen für sie zum Haushaltsrisiko wird. Viele der Diplomaten, die auf Klimakonferenzen den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen verhandeln, beziehen ihr Gehalt aus Staatskassen, die durch ebendiese Energieträger gefüllt werden.

Daten der Weltbank, der Extractive Industries Transparency Initiative und des gemeinnützigen Natural Resource Government Institute (NRGI) zeigen: Einige der wichtigsten Länder im internationalen Klimapoker haben große finanzielle Interessen an

fossiler Energie. Jedes Abkommen, das Kohle, Öl und Gas beschränkt, engt die Spielräume der Politiker ein, wenn sie Krankenhäuser bauen, den Preis für Reis subventionieren oder Panzer bestellen.

Polen bremst seit Jahren ehrgeizigere Klimaziele der EU aus. Das liegt an den 100 000 Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie – und daran, dass das Land jedes Jahr Kohle im Wert von bis zu zehn Milliarden Dollar aus seinen Bergwerken holt – bei einem Staatshaushalt von rund 100 Milliarden.

Etlche UN-Klimagipfel sind mit fossilen Erlösen bezahlt worden: Katar, Gastgeber von 2012, bezieht laut NRGI mehr als die Hälfte seiner Staatseinkünfte aus Gas und Öl. Mexiko, Gastgeber 2010, erhält jeden dritten Peso für seine Staatskasse vom Öl- und Gaskonzern Pemex.

Gerade die Schwellenländer, die für ein Abkommen in Paris entscheidend sind, hängen am Tropf der Kohlenwasserstoffe. In Russland »machen die Erträge aus fossilen Energien an den Einnahmen der Regierung etwa zwei Drittel aus«, sagt der Moskauer George Safonov. Chinas Staatskonzerne verdienten 2008 mit Gas, Öl und Kohle insgesamt 437 Milliarden Dollar, das sind etwa 20 Prozent des Staatsbudgets. In Brasilien nutzt die Politik die staatseigene Ölfirma Petrobras nicht nur als Schmiergeldquelle, sondern auch zur Entwicklung abgelegener Regionen. Nigerias Regierung finanzierte sich 2011 zu 70 Prozent aus Rohstoffeinnahmen. Und 2014 begrüßte die UN-Klimakonvention Südsudan als neues Mitglied: mit Öl-

einnahmen von 98 Prozent des Budgets laut NRGI »ölabhängigster Staat der Welt«.

In den USA beuten private Firmen die Rohstoffe aus. Staatliche Stellen sind aber eng damit verbunden. 2013 wurden nach Informationen des US-Energieministeriums Öl, Gas und Kohle im Wert von etwa 100 Milliarden Dollar auf öffentlichem Grund und Boden gefördert, 13 Milliarden Dollar gingen davon an die Bundesregierung, weitere Milliarden an die einzelnen Staaten. Die Petrodollar haben die ehema-

Klimaschutz fordern: Die reichen Länder seien nicht bereit zu Kompromissen. »Ihr habt uns kolonisiert!«, ruft er unter dem Beifall vieler Delegierter. Nijars Land war 2010 der drittgrößte Exporteur von Erdgas.

Auch Claudia Salerno schimpft. Die Delegierte aus Venezuela hat sich in Jahren der Verhandlungen den Spitznamen »Drama-Claudia« erarbeitet. Sie beklagt, dass »wir armen Länder die gleichen Bürden übernehmen sollen wie die reichen«. In ihrer Darstellung ist Venezuela »low carbon«, obwohl die ÖL-

einnahmen 45 Prozent des Staatsbudgets und 95 Prozent der Exporterlöse ausmachen. Salerno wettet gegen die Industrienationen. Tatsächlich verteidigt Venezuela vor allem sein eigenes Geschäftsmodell.

Dabei zeigt die jüngste Krise in Salernos Land, was die Rohstoffexporteure fürchten müssen. Seit der Ölpreis abgestürzt ist, fehlt der Regierung in Caracas das Geld für Sozialprogramme, bilden sich Schlangen vor Geschäften, wachsen die politischen Spannungen. Was würde passieren, wenn echter Klimaschutz Kohle, Gas und Öl zu *unburnable carbon* machte? Damit die Atmosphäre nicht um mehr als zwei Grad Celsius aufgeheizt wird, müssen nach einhelliger Meinung von Experten weltweit etwa 80 Prozent der Kohle und je 40 Prozent der Öl- und Gasvorräte in der Erde bleiben.

Wen das besonders treffen wird, sagt eine Studie des Londoner University College voraus: Die USA könnten nur noch 10 Prozent ihrer Kohleschätze nutzen, China und Indien je 35 Prozent. Etwa 40

Prozent der Ölreserven am Persischen Golf und 75 Prozent der kanadischen Ölsände wären unbrauchbar, Lateinamerika und Russland blieben auf 60 Prozent ihrer Gasvorräte sitzen. Die Londoner Forscher haben errechnet, welche Rohstoffe so billig zu fördern sind, dass sie noch zu verkaufen sind, ehe das Klima-Limit erreicht wäre. Manche Experten spekulieren, dass Saudi-Arabien derzeit trotz niedriger Preise deshalb so viel Öl verkauft: um noch schnell Kasse zu machen, ehe ein Klimavertrag den Rohstoff entwertet.

Inzwischen heißt das Zauberwort der Ölstaaten bei den Klimaverhandlungen *response measures* – Reaktionsmaßnahmen. Die Ölstaaten wollen mit Geld entschädigt werden, wenn ein Klimavertrag ihre Rohstoffe überflüssig macht.

Offiziell sind diese Verstrickungen für die UN kein Thema. Die Chefin des Klimasekretariats, Christiana Figueres, lobt die G-20-Staaten für ihre »Langzeit-Vision für eine Entwicklung mit sauberer Energie und Wohlstand unter einem neuen Wirtschaftsmodell«. Derzeit allerdings verdienen die G-20-Länder mit ihrer Kurzzeit-Vision laut Weltbank jedes Jahr etwa 2300 Milliarden Dollar mit dreckiger Energie. Zugleich geben Staaten laut dem Internationalen Währungsfonds 5300 Milliarden an direkten und indirekten Subventionen für fossile Brennstoffe aus.

Experten glauben, dass die Abhängigkeit von den Fossilen überwunden werden kann. Im Deep Decarbonisation Pathway Project zeigen Regierungsberater aus den 16 größten Verschmutzerländern, dass ihre Volkswirtschaften bis 2050 zu tragbaren Kosten oder sogar mit Gewinnen auf erneuerbare Energien umsteigen könnten. Vorausgesetzt, sie ändern ihre Energiepolitik.

Countdown für das Klima (7)

Serie: Noch vier Wochen bis Paris



Bringt der Weltklimagipfel vom 30. November bis zum 11. Dezember die Wende im Kampf gegen die globale Erwärmung? Die ZEIT-Serie zeigt, was auf dem Spiel steht

Nächste Woche:

Erst war er Jesuit, dann zog er in den Krieg. Jetzt will Ottmar Edenhofer das Klima retten: mithilfe der Ökonomie

ligen Ölmanager George W. Bush und Dick Cheney nach Washington gebracht – die mit einem extra von Exxon entsandten Mitarbeiter die internationalen Klimaverhandlungen jahrelang praktisch lahmlegten.

Am letzten Tag der Klimakonferenz 2014 in Lima schimpfen die Vertreter der Schwellenländer über das Abschlussdokument. »Unzumutbar« findet es der Sudan. Und Guardial Singh Nijar von Malaysias Delegation fährt schwere Geschütze auf, weil die Industrienationen von allen Staaten Anstrengungen im